

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Zum deutsch-polnischen Handelsverkehr.

Die Leinenproduktion in Polen.

Das Auslandskapital in den polnischen Aktiengesellschaften.

Zum deutsch-polnischen Handelsverkehr.

Im Zusammenhang mit den seit einigen Wochen in Warschau geführten deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage einer zuzulassenden Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus Polen nach dem Reiche befaßten sich sowohl die polnischen Tageszeitungen wie auch die Fachzeitschriften in den letzten Tagen eingehend mit den hauptsächlichsten zur Diskussion stehenden Fragen. Es fehlt hierbei nicht an laienhaften Bemerkungen, die den verhandelnden Regierungskreisen gemacht werden, wobei einer angeblich zu nachgiebigen Haltung, die sie der deutschen Abordnung gegenüber an den Tag legen.

„Es ist unmöglich, daß im Augenblick, wo Beschlüsse von entscheidender Bedeutung bezüglich der zukünftigen Struktur der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und seinem wirtschaftlich wichtigsten Nachbar gefaßt werden sollen, wo — notabene — dieser Partner die Gesamtheit der Bedingungen, nach denen sich zukünftig der Warenaustausch zwischen diesen Ländern abwickeln soll, entscheidend umgestaltet — daß dann über Gänse oder Butter geredet wird.“ (schließt das Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, ihre Betrachtungen dieses Themas.

Bereits vor längerer Zeit erschien im „Kurjer Warszawski“ ein Artikel, der sich mit dem bisherigen deutsch-polnischen Warenverkehr und seiner möglichen weiteren Entwicklung befaßte.

Darin stellt der Verfasser eingangs fest:

„Die Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche im Jahre 1933 betrug wertmäßig den 6. Teil unserer Gesamtausfuhr. Der deutsche Absatzmarkt steht nach England an zweiter Stelle aller unserer Absatzmärkte. Dies alles geschah nach achtjährigem Zollkrieg zwischen dem Reiche und Polen, nach zahllosen Schikanen, die unserer Ausfuhr von deutscher Seite bereitet wurden und, was das Wichtigste ist, angesichts eines ausgesprochenen Agrarprotektionsismus, sogar einer Agrarautarkie in Deutschland. Daraus folgt, daß der deutsche Markt tatsächlich der für die polnische Produktion in Frage kommende natürliche Absatzmarkt ist.

Im Jahre 1932 hatten wir im Umsatz mit dem Deutschen Reiche handelsbilanzmäßig einen Passivsaldo in Höhe von rund 2 000 000 Złoty. Die Warenumsätze waren fast ausgeglichen. Im Jahre 1933 hatten wir einen Aktivsaldo in Höhe von 22 Millionen Złoty. Dieser Saldo stieg im Jahre 1934 weiterhin an. Im März führten wir nach dem Reiche Waren im Werte von über 17 Millionen Złoty aus, während die Einfuhr von dort nur über 8 Millionen betrug. Im April war das Verhältnis ungefähr wie 13 zu 8. Als Ergebnis haben wir im Verlauf von vier Monaten (Januar bis April) im Warenverkehr mit dem Reiche einen Aktivsaldo von 27 Millionen Złoty. Also — eine zweifellosgünstige Entwicklung.

Diese Umsatzentwicklung ist nunmehr im höchsten Maße gefährdet. Der Grund dafür liegt in der Beschränkung der Devisenutzung im Reiche für Einfuhrzwecke.“

Beachtenswert ist im Zusammenhang mit dem gleichen Fragenkomplex ein Artikel, der in der Ausgabennummer des „Przebieg Gospodarczy“, dem Organ des Zentralverbandes der Polnischen Industrie, erschien. Der Verfasser verfuhr gleichfalls, soweit überhaupt möglich, Antwort auf die Frage zu geben, wie sich die deutschen Devisenschwierigkeiten auf den deutschen Außenhandel und insbesondere auf den auszugestalteten Handel mit Polen auswirken dürften.

Die finanzielle Lage des Reiches, soweit sie die Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande im Augenblick und voraussichtlich in der nahen Zukunft betreffe, charakterisiert der Verfasser wie folgt:

a) Das Deutsche Reich wird lange Zeit hindurch überhaupt seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande nicht nachkommen, wobei die Ausnahme der Verzinsung der Dawes- und Younganleihe, die Großbritannien, Frankreich und der Schweiz zugesichert wurde, eben nur eine Ausnahme bleibt, die diese allgemeine Regel bestätigt;

b) Das Deutsche Reich wird keine Summen aus Anlaß seiner Wareneinfuhr transferieren — wiederum nur mit Ausnahme besonderer Fälle, wie die Einfuhr derjenigen Rohstoffe, die für das wirtschaftliche Leben Deutschlands unbedingt erforderlich sind und die weder im Reiche selbst hergestellt werden können, noch, was wichtiger ist, durch andere Erzeugnisse ersetzt werden können. (Die Politik der „Ersatzerzeugnisse“ ist im Reiche wieder die Parole des Tages.)

Die Frage, die sich deshalb hier nach der Zukunft des deutschen Außenhandels ergibt, sei sehr einfach zu beantworten:

„Soweit es um jene „unersetzlichen“ überseeischen Rohstoffe geht, so werden sie weiterhin unter inländischer Kontrolle eingeführt werden und in dem Umfange, in dem diese Einfuhr gestattet sein wird, auch mit Devisen bezahlt werden. Die restliche Einfuhr wird ausschließlich im Verrechnungswege beglichen werden.“ wobei die allgemeinen Verrechnungsabkommen von denen aber den Clearingverkehr zu unterscheiden sind, für den gleiche Ein- und Ausfuhrhöhe die Vorbildung sei.

In diese beiden Gruppen könne man, von Deutschland aus gesehen, fast alle Länder der Erde einordnen. Drei Staaten gäbe es nur in Europa, die mit dem Deutschen Reiche keinerlei Devisenverträge abgeschlossen hätten. Es seien dies Großbritannien, Polen und Litauen.

Verfasser bespricht kurz die Gründe, die den vertraglosen Zustand zwischen England und dem Deutschen Reiche rechtfertigen, übergibt Litauen wegen ihrer völlig untergeordneten Bedeutung und wendet sich im zweiten Teil des Artikels Polen zu.

Als Gründe für eine derartige spezifische Stellung Polens zum Deutschen Reiche seien zu nennen:

1. Polen ist kein Gläubigerland, das sich eine passive Handelsbilanz erlauben darf und nur auf die Regulierung der Spitzen dieser Passivität bedacht sein muß (wie dies Frankreich, Großbritannien und andere Staaten mehr tun). Polen muß — so, wie übrigens auch das Deutsche Reich es haben müßte — eine ausgesprochen aktive Handelsbilanz haben, da nur sie Gewähr für unsere Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande bietet. Polen kann daher nicht auf ein „Verrechnungsabkommen“ und eine Transferierung des Passivsalvos der Handelsbilanz mit Deutschland eingehen, wie das die westeuropäischen Gläubiger Deutschlands tun. Eine derartige Lösung kommt deshalb für uns nicht in Frage.

2. Polen ist kein Schuldnerland, das, wie fast alle übrigen Schuldnerländer, Devisenbeschränkungen besitzt, die ihre Zahlungsbilanz regulieren. Deshalb ist auch ein „Clearing 1 : 1“ mit dem Deutschen Reich für Polen nicht annehmbar. Es ist kein Grund dafür vorhanden, daß die deutsch-polnische Handelsbilanz vollkommen ausgleichend sein müßte, da es bekannt ist, daß Deutschland aus unsichtbaren Positionen der Zahlungsbilanz verschiedene Gewinne durch uns hat (Vermittlungsgewinne, deutsches Kapital in Polen u. a. m.), so daß bei einer völligen Ausgleichung der Handelsumsätze Polen dauernd eine negative Zahlungsbilanz gegenüber Deutschland hätte.

3. Die dritte Lösung, und zwar die Zuteilung von Devisen von Seiten des Reiches für die Einfuhr aus Polen, so wie das in den deutsch-britischen Handelsbeziehungen der Fall ist, wäre zweifellos eine Möglichkeit, wenn nur die Deutschen irgendeine Bereitschaft zu ihrer Annahme bekunden würden. Soweit man aus der Lage des Reiches entnehmen kann, beabsichtigen die Deutschen, wie bisher, keineswegs irgendwelche Summen als Bezahlung für Wareneinfuhr zu transferieren mit Ausnahme derjenigen Stoffe, die ihnen wirtschaftlich (Rohstoffe) oder politisch (aus den Beziehungen zu irgendeiner Großmacht) unbedingt notwendig sind. Unbestreitbar hat Polen volles Recht, vom Reich eine derartige Erledigung seiner Angelegenheit zu verlangen. Polen ist ein Land ohne Devisenbeschränkung und gehört somit zu denjenigen, die nicht im Verhältnis eines Clearings 1 : 1 mit dem Deutschen Reich stehen können. Es könnte sich außerdem auf ein Verrechnungsabkommen mit der Transferierung des Aktivsaldo einlassen, wie das die Deutschen selbst in Bezug auf Frankreich und Belgien taten. Werden jedoch die Deutschen, die selbst gern bereit sind, einen Transfer von denjenigen, denen gegenüber sie einen Aktivsaldo haben, vorzunehmen, auch das Risiko eines eigenen Transfers an diejenigen, denen gegenüber sie noch immer ein Passivsaldo der Handelsbilanz haben, eingehen?

Daraus ergebe sich die schwierige Lage, in der sich Polens Handel gegenüber dem durch seine Devisen- und Einfuhrbestimmungen befreigestellten Reich befindet. Die Stellung, die Polen in Zukunft im Handelsverkehr gegenüber Deutschland einnehmen haben werde, lasse sich deshalb unter folgenden Gesichtspunkten festlegen.

„Was wird Polen früher oder später tun müssen? Die Bezahlung der Ein- und Ausfuhr nach Deutschland muß gegenüber der Unsicherheit, ob sich für diese Ausfuhr im Reich Gelder werden aufbringen lassen, sichergestellt werden. Vielmehr sogar — infolge der völligen Sicherheit — daß sich zu 100 % dort keine Gelder für diese Ausfuhr finden werden. Schon jetzt ist es eine allgemein bekannte Tatsache, daß eine ganze Reihe unserer Exportwerte nach Deutschland bei den deutschen Importeuren, denen keine entsprechenden Devisenmengen zuerteilt wurden, eingefroren Forderungen haben.“

Das natürliche Ergebnis muß daher eine zunehmende Unsicherheit unserer Exporteure gegen die Fortführung einer solchen Ausfuhr sein, wenn nicht unter der Bedingung, daß die Bezahlung von vornherein sichergestellt ist. Da jedoch bei der heutigen Lage eine derartige absolute Garantie zu erlangen unerhört schwierig ist, wird die polnische Ausfuhr nach dem Reich langsam abnehmen. Welches die Folgen davon sein werden, ist leicht verständlich. Aus einem Artikel in der „Polska Gospodarcza“ geht hervor, daß seit Beendigung des Weltkrieges im März dieses Jahres die Ausfuhr aus dem Reich nach Polen von Monat zu Monat größer wird und in der Zeit vom Februar bis Juni schon um rund 60 % zugenommen hat. Wenn jetzt unsere Ausfuhr nach dem Reich infolge der Devisenunsicherheit geringer werden sollte, werden wir in das zweite Extrem verfallen: In eine passive Handelsbilanz mit dem Reich, was für uns völlig unmöglich ist.

Es entsteht daher die Frage, was kann Polen bei seiner ganzen Bereitschaft, die Bezahlung seiner Ausfuhr nach dem Reich sicherzustellen, nicht tun? So kann es, was sicher ist, sich

nie auf eine solche Lösung des Problems einlassen, wonach der offizielle deutsch-polnische Warenverkehr auf das Verhältnis von 1 : 1 gebracht würde. Mit anderen Worten, es kann sich zu keinerlei Waren-clearing mit dem Deutschen Reich verstehen. Diese Einstellung liegt in der Gesamtgestaltung unserer augenblicklichen Handelspolitik, die um jeden Preis bestrebt sein muß, eine aktive Handelsbilanz als Grundlage der Gesamtwirtschaftspolitik unseres Staates in der augenblicklichen Krisenzeit zu erhalten. Man muß darüber im Klaren sein, daß Polen mit keinem Staate ein Clearingabkommen hat und nicht haben kann, allein deshalb, weil es keine Politik der Einschränkung im Devisenverkehr führt und somit keine Möglichkeit besitzt, den Geldabfluß aus dem Lande so zu regulieren, wie dies zum Beispiel das Deutsche Reich und andere Länder tun. Deshalb muß Polen eine Politik der vollkommenen offenen Ausgleichung der Bilanzsalden, wie sie im Warenverkehr mit den einzelnen Ländern entstehen oder entstehen können, führen. Polen könnte sich im Höchsthalle wahrscheinlich auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanzen im Verhältnis zu den einzelnen Staaten einlassen, aber nur unter der Bedingung, daß sich alle ihre Gläubiger, das sind diejenigen Staaten, die ihm gegenüber eine aktive Kapitalbilanz haben, damit einverstanden erklären. Im Augenblick ist daher eine Ausgleichung der Handelsumsätze nur durch Polen allein undenkbar.

Was bleibt also übrig? Entweder eine Devisenzuteilung von Seiten des Reiches für die Einfuhr aus Polen — was, wie bisher, keine Aussicht auf Durchführung hat, oder . . . ein Verrechnungsabkommen mit offener Devisentransferierung, wobei der tatsächliche Transfer von der einen oder der anderen Seite von der Gestaltung der gegenseitigen Umsätze abhängen würde. Unseres Erachtens ist das die einzige Möglichkeit, das Problem des deutsch-polnischen Warenaustausches positiv zu lösen.

Ein solches Verrechnungsabkommen — nach dem Vorbilde derjenigen, wie das das Deutsche Reich mit seinen anderen Gläubigerländern, denen gegenüber es eine aktive Handelsbilanz hat, abgeschlossen hat, würde in der Tat den Verhältnissen entsprechen, wie sie im Augenblick in wirtschaftlicher Hinsicht zwischen Polen und dem Deutschen Reich bestehen. Wenn Polen ein solches Verrechnungsabkommen fordern wird, wird es den Deutschen unerhört schwer fallen, dies abzulehnen. Polen steht, objektiv gesehen, devisenmäßig dem Reich gegenüber in demselben Verhältnis, wie alle übrigen Staaten, mit denen das Reich solche Abkommen getroffen hat. Der Unterschied ist kein formeller, sondern ein rein faktischer: es ist der, daß das Deutsche Reich gegenüber diesen Staaten aktive, Polen gegenüber eine passive Handelsbilanz (obgleich der Passivsaldo ständig geringer wird) hat. Mit welchen Argumenten wird das Deutsche Reich den Abschluß eines solchen Abkommens mit Polen ablehnen, wo alle objektiv formalen Bedingungen für ein solches Abkommen gegeben sind?

Bei diesem Stand der Dinge sei es von entscheidender Bedeutung, inwieweit die polnischen Vertreter bei den augenblicklichen Verhandlungen, die in Warschau geführt werden, auf diese wichtigen Momente Rücksicht nehmen. Es handle sich daher, soweit bekannt, in erster Linie um die Frage der zufälligen landwirtschaftlichen Einfuhr aus Polen nach Deutschland. Da über die Devisenfrage nicht gesprochen werde, dürfte angenommen werden, daß diese bezüglich der landwirtschaftlichen Produkte im polnischen Sinne geregelt sei. Es müßte aber davor gewarnt werden, daß von deutscher Seite ein Unterschied gemacht werde zwischen der Einfuhr „mit sicherer Bezahlung“ und der Einfuhr „mit nicht sicherer Bezahlung“, die von den polnischen Waren den weitaus größeren Teil ausmache. Von größter Wichtigkeit sei es daher, daß Polen eine 100prozentige Bezahlung oder seiner nach dem Reich ausgeführten Waren zugesichert bekomme, und nicht, daß nur die Agrarprodukte eine Ausnahmestellung einnehmen.

[„Kurier Warszawski“ 22. Juni 1934; „Gazeta Polska“ 8. 8. 1934; „Przegląd Gospodarczy“, Heft 15, I. 8. 1934.]

Die Leinenproduktion in Polen.

Stücker als in anderen Staaten wird in Polen seit einiger Zeit für das Tragen von Leinenmänteln und Leinenkleidung durch umfangreiche Reklame geworden. Durch einen verstärkten Verbrauch hofft man, nicht nur den Flachs anbauenden Landwirten, sondern in besonderem Maße auch der armen Heimdindustrie zu helfen. Den politischen Pressaufhebungen nach zu urteilen, hat diese Propaganda zunehmenden Erfolg. In Warschau wurde zu diesem Zweck vor kurzem eine große Ausstellung für polnisches Leinen veranstaltet. Unter dem Titel „Von nun an herrsche bei uns polnisches Leinen“ brachte die „Polska Zachodnia“ vom 10. 6. dieses Jahres einen Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden der „Gesellschaft zur Förderung der Volks-Heimdindustrie“ in Katowitz, Dr. Kłupa, über diese erfolgreiche Ausstellung.

„In Warschau kann man sowohl auf der Leinenausstellung wie auch im Straßenbild eine gesunde Bewegung und Wendung der Gesellschaft zum Leinen hin feststellen. Man sieht Leinen auf Schritt und Tritt. Jede Frau, die auf sich hält, die den Anspruch erhebt, modern gekleidet zu sein, wird Mantel, Kleid oder Hut oder gar Schirme aus Leinen tragen. Führend in der Warschauer Mode und auffallend durch ihren guten Geschmack ist die Gattin des Ministers Beck, die große Meisterin in der Leinenpropaganda.“

Einen Eindruck davon, was alles aus Leinen gemacht werden kann, angefangen von der einfachen Sport- und Kinderkleidung, Tischstücken bis zu der Kleidung Erwachsener und selbst zu Kittgegendern oder gar Prozessionsfahnen, habe die eben stichtende großartige Werbetafel vermittelte. Durch verstärkte Leinenproduktion könnten, besonders in den östlichen Gebieten, jahrelang, vor allem Frauenhände beschäftigt werden.

„Das Wilna-Gebiet, Polesien und das südliche Kleinpolen, das sind die Leinengebiete, die diesen Trieb Polens zum Leinen hin als große Erleichterung in ihrer schweren Lage verspüren.“

In diesem Zusammenhang ist eine Pressenotiz im „Kurjer Gospodarczy“ beachtenswert, die von der Inbetriebnahme einer neuen Leinenproduktionsstätte in Polen berichtet. Es handelt sich um die Leinenspinnerei in Krosno, deren Ergebnisse schon lange vor dem Kriege berühmt waren, und die zu Beginn des Krieges stillgelegt werden mußte. Erst im Jahre 1934 wurde ein Konfitorium gegründet, das am gleichen Orte eine neue Leinenspinnerei mit 1300 Spindeln aufbaute, die jedoch nicht in Betrieb genommen werden konnte. Nachdem die Spinnerei 1932 in die Hände polnischer Banken übergegangen war, habe 1933 eine Reihe von interessierten Industriellen eine Aktiengesellschaft gegründet, die in der Folge die Fabrik mit allen Einrichtungen erworben und bereits im März 1934 in Betrieb gesetzt habe.

„Zur Zeit arbeiten bereits alle Maschinen und sogar in zwei Schichten. In Kürze soll eine vollständige Inbetriebsetzung erfolgen, wobei die jährliche Produktion rund 600 000 kg Leinen und Packgarn betragen soll bei einer Belegschaft von 400 Arbeitern. Die Aktien der Firma befinden sich in Händen der größten inländischen Baumwollwerke, und zwar der Vereinigten Werke von Scheibler & Großmann sowie der gleichfalls bekannten Textilfirma Kellin & Reichenbaum.“

[„Polska Zachodnia“ vom 10. 6. 1934; „Kurjer Gospodarczy“ 21. 6. 1934.]

Mit der Frage nach der Rolle, die das Leinen in der polnischen Wirtschaftsstruktur spielt, bzw. zu spielen befähigt ist, befaßt sich eine vor kurzem von zwei Autoren (Friedrich Mannowski und Ludwig Berger) in Krakau herausgegebene Schrift, die in der „Gazeta Polska“ vom 11. 8. dieses Jahres eingehend besprochen wurde.

Die Verfasser gehen von den beiden sich in Bezug auf die Bedeutung der Leinenproduktion gegenüberstehenden Anschauungen aus, wobei die Vertreter der einen geradezu „mit religiöser Andacht“ an dies Problem herangehen, in ihr eine Nationalfrage sehen wollen, während die anderen sie bagatelisieren. Zu diesen

letzteren zählen vor allem die an der Baumwoll- und Juteindustrie Beteiligten. Diese beiden Richtungen haben bereits 1880 eine lebhaft publizistische Aktion unternommen, die schließlich zu dem, wie die Verfasser es nennen, „Leinenkrieg“ geführt hat. Auf der einen Seite steht die „Gesellschaft zur Förderung polnischen Leinens“ in Wilna mit ihren Anhängern, die in der Folge ein „Leinenkomitee“ beim Präsidium des Ministerrates gegründet habe und deren Forderung dableibe, daß jedes Unterfütting der inländischen Rohstoffproduktion die Einfuhr von Baumwolle, Jute und anderen Rohstoffen, die dem Leinen Konkurrenz machen, mit Zoll belegt werden solle.

Gegner dieser Leinenzug und Verteidiger der Baumwollindustrie sei vor allem die Industrie- und Handelskammer in Lódź.

Die geführte Diskussion zeigte jedoch einerseits, daß der Flachs eine Pflanze ist, deren verstärkter Anbau in unserer Landwirtschaft zur Behebung der Arbeitslosigkeit und der Krise auf dem Lande beitragen kann, weil „im Durchschnitt der Anbau und die Verarbeitung des Flachstrohes je ha 70 Arbeitstage mehr beansprucht als beispielsweise der Anbau von Getreide“, und außerdem löst die Möglichkeit, die Leinenprodukte früher zu Geld zu machen, gleichzeitig „das Problem der zeitmäßige rationelleren Verteilung der Geldeinnahmen auf dem Lande“. Schließlich bestehen auch berechtigte Aussichten, den Export der Leinenerzeugnisse ins Ausland zu steigern. Auf der anderen Seite haben die Gegner einer allzu überhebelichen Einschätzung des Leinenproblems die Aufmerksamkeit auf folgende vier schwache Punkte dieser Frage gelenkt: es sind dies: a) das Fehlen technischer Einrichtungen zur Leinenverarbeitung, b) das Fehlen von Qualitätsleinen in Polen, c) der allzu hohe Preis für Leinenprodukte, d) die Vernichtungsfahr für die in den bisherigen Spinnerei- und Webereieinrichtungen in Polen angelegten Kapitalien.“

Die Verfasser der besprochenen Schrift teilen der Ansicht, daß die erhobenen Vorwürfe wohl teilweise berechtigt, sie aber trotzdem für die Entwicklung der Leinenindustrie in Polen nicht gefährlich seien und auch deren wirtschaftliche Bedeutung nicht verringerten. Vielmehr könne diese nach Befestigung einiger struktureller Mängel des polnischen Leinenhandels — wie die fehlende Standardisierung und der Verkauf der Leinenprodukte an die Absatzmärkte in primitivem Zustande — sowie nach entsprechender Schulung der Flachsarbeiter behebend erhebt werden. Besonders die französischen Spinnereien in der Gegend von Elbe seien willige Abnehmer polnischen Leinens, da sie an der Verarbeitung 25 bis 50 % des Einkaufspreises verdienen.

Auch das Argument, daß die Leinenerzeugnisse unerschwinglich teuer seien, treffe nicht zu, da nach Angaben der Bank Reims bei Massenabfuhr die Preise für die Leinenprodukte nur um 15 bis 40 % höher seien als für die gleichartigen Baumwollenerzeugnisse. Von einer Vernichtung der in der Baumwollspinnerei investierten Kapitalien könne einstweilen schon wegen des Umfanges der jungen Leinenindustrie keine Rede sein. Im übrigen aber befähigen selbst für das oft unbenutzte Leinen auf den ausländischen Märkten gute Absatzmöglichkeiten, die nur mangelhaft vorhandener exportfähiger Waren in der Zeit der Leinenkonjunktur des Jahres 1933 nicht ausnützend ausgenutzt werden konnten.

„Die Entwicklung des Leinenbaues untergräbt also, nach Ansicht der Verfasser, überhaupt keinen Zweck unserer Industrie, sondern kann im Gegenteil in bedeutendem Maße zur Stärkung der Textilindustrie in Polen beitragen, indem sie sich auf inländische Rohstoffe stützt. Der Leinbau in Polen ist einstweilen noch in dem Entwicklungsstadium, das es notwendig macht, ihm die Arbeitsrichtung vorzuschreiben und ihm Schutz und Hilfe zu gewähren. Deshalb ist „die Unterstützung der Initiative für den Leinbau im Interesse des Staates geboten.“ Bei eingehender Ausarbeitung eines Vorschlages hierfür bemerken die Verfasser jedoch, daß „die Vermittlungsaktion im Interesse des polnischen Leinens nur in der Form des vorübergehenden Protektionismus“, der die Entwicklung des Flachsbaues und seiner Verarbeitung in Polen in der Zeit seiner wirtschaftlichen Gesundung schützt und pflegt, gerechtfertigt werden kann.“ Die Verfasser wenden sich gegen eine

Prämierung der Ausfuhr, da daraus nicht der Produzent Nutzen zieht, sondern der Vermittler und eventuell der ausländische Käufer in der Form des ermäßigten Verkaufspreises, und treten statt dessen „für eine Prämierung der Leinenproduktion im Inlande“ ein, jedoch „nur in Bezug auf Qualitätsleinen“ und „dasjenige Leinen, das an mechanische Spinnereien zur Herstellung von Waren geliefert wird und nicht für häusliche Zwecke Verwendung findet.“

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen geben die Verfasser die Richtlinien des zukünftigen Leinenprogramms an, die inhaltlich fast identisch sind mit dem Programm, wie es von der Krakauer Industrie- und Handelskammer in der Denkschrift zur Unterstützung der Leinenindustrie im westlichen Klempeln im März dieses Jahres dem Minister für Industrie und Handel überreicht wurde.

„Die wesentlichen Momente dieses Programms beruhen in der Durchführung folgender Maßnahmen: 1. Mit Unterstützung der Landwirtschaftskammern Sicherung von Absatz und Preis der Leinenproduktion durch Organisation ihrer Verleger in Gestalt von Leinöhl- und Waffelfabriken, Spinnereien, Webereien, des Heeres u. a. m., 2. Schaffung von „Verwaltungsorganen für den Leinenfeldzug“, 3. Veranlassung der Flachs-anbauer, diesen „Verwaltungsorganen“ beizutreten, 4. „Verteilung des Saatgutes nach der gattungsmäßigen Qualifikation, wie sie nach den Richtlinien der entsprechenden wissenschaftlichen Untersuchungsstation durchzuführen wäre,“ 5. „Schulung und Kontrolle ... des Anbaues und der Verarbeitung des Flachses bis zum bearbeiteten Stroh einschließl.“ 6. „Qualitätsabnahme des bearbeiteten Flachses mit Hilfe von Inspektoren,“ 7. „Ausgabe von Standardbescheinigungen ... im Zusammenhang mit einer entsprechenden Verteilung von Produktionsprämien,“ 8. „Verteilung der Bearbeitungseräte entweder auf die Handelsplätze des Absatzes ... oder auf die Spinnereien ... gegen Bezahlung in Naturprodukten,“ 9. „Übernahme des Garnes durch die Heimarbeiter zwecks ... Herstellung der Gewebe,“ 10. „Abnahme der Gewebe gegen Barbezahlung.“

[„Gazeta Polska“ vom 11. 8. 1934.]

Das Auslandskapital in den polnischen Aktiengesellschaften.

Die „Gazeta Warszawska“ vom 4. Juli 1934 entnimmt dem Kleinen Statistischen Jahrbuch für 1934 eine tabellarische Zusammenstellung, die den Anteil ausländischen Kapitals in den polnischen Aktiengesellschaften zeigt. Die absoluten und Prozentzahlen dieses Anteils im Verhältnis zu den beteiligten polnischen Kapitalen geben den Stand von Anfang 1933 wieder. Bedauerlicherweise fiel nicht der Ursprung der fremden Gelder an.

Nach diesen Angaben befanden in Polen 1206 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 4273 Millionen Zloty. Davon verfügten 403 Gesellschaften über ein gemischtes, d. h. teils polnisches, teils ausländisches Kapital in Höhe von zusammen 2943 Millionen Zloty. Die teilweise mit Auslandskapital arbeitenden Gesellschaften machen also ihrer Zahl nach rund 36 % aller Aktiengesellschaften in Polen aus, kapitalmäßig verfügen sie jedoch über 70 % des gesamten in den polnischen Aktiengesellschaften investierten Kapitals und spielen somit die entscheidende Rolle. Von dieser Summe machte das ausländische Kapital allein 1845 Millionen Zloty aus und umfaßte somit im Verhältnis zum Gesamtkapital 43,2 %. Betrachte man jedoch die einzelnen Industriezweige getrennt von einander, so ergab sich ein noch viel traurigeres Bild.

„Wenn wir das Hüttenwesen nehmen, so sehen wir, daß von 14 Aktiengesellschaften nur 3 inländisches, dazwischen 1 in- und ausländisches Kapital haben. Von dem in den Hüttenbetrieben investierten Gesamtkapital in Höhe von 617 Millionen Zloty entfallen 554 Millionen Zloty,

d. i. fast 90 %, auf Auslands- und nur 63 Millionen Zloty auf inländisches Kapital.

Das zweite Gebiet des Wirtschaftslebens, das vollkommen unter dem Einfluß fremder Kapitalien steht, sind die Gas- und Elektrizitätswerke. Von 21 Unternehmen dieser Art haben nur 4 einheimisches Kapital und auf die Gesamtsumme von 195 Millionen Zloty Aktienkapital der Gas- und Elektrizitätswerke kommen 152 Millionen Zloty ausländisches Kapital, was einem Anteil von fast 78 % gleichkommt.

Ein wenig, aber auch nur ein wenig besser liegen die Verhältnisse für uns im Bergbau. Es arbeiten in ihm 53 Aktiengesellschaften, von denen 40 ausländisches Kapital haben. Von 698 Millionen Zloty Aktienkapital der Bergwerksunternehmungen entfällt auf Auslandskapital 430 Millionen Zloty, also 62 %. Die chemische Industrie, die sich erst vor kurzem bei uns zu entwickeln begann, hat 56 % ausländischen Kapitals, da von der Gesamtsumme von 287 Millionen Zloty 162 Millionen Zloty auf das Auslandskapital entfallen und ihm über die Hälfte aller Unternehmen vollkommen gehört. In der Maschinen- und Elektroindustrie sowie in den Verkehrs- und Transportunternehmungen umfaßt das ausländische Kapital über 31 %.

Am schwächsten ist das Auslandskapital in der Textilindustrie vertreten, in der sein Anteil 21,5 % ausmacht. In den übrigen Industriezweigen beträgt dieser Anteil 17 %.

Danach dominierte also das ausländische Aktienkapital unumstritten im Hüttenwesen, den Gas- und Elektrizitätswerken, im Bergbau und in der chemischen Industrie.

Zu einem noch weitgehenderen Ergebnis als der Verfasser des eben besprochenen Artikels kommt der Verfasser einer Zloty im „Kurjer Poznański“ vom 12. 8. 1934. Danach machte der Anteil des ausländischen Kapitals sogar mehr als die Hälfte des Gesamtkapitals der polnischen Aktiengesellschaften aus.

„Der Unterschied zwischen dem scheinbaren und dem tatsächlichen Stand beruht darauf, daß im ersten Falle das Verhältnis der Kapitalsumme ausländischen Ursprungs zur Gesamtsumme der in den Aktiengesellschaften investierten Kapitalen genommen wurde, anstatt daß man nur das Kapital derjenigen Gesellschaften berücksichtigt hätte, in denen das Ausland engagiert ist.“

Auf Grund dieser Berechnung, meint der Verfasser, komme man zu dem Ergebnis, daß in Polen insgesamt 1311 Aktiengesellschaften (in welcher Zahl 45 Zweigniederlassungen ausländischer Firmen einbezogen seien) arbeiten, die über ein Aktienkapital zusätzlich aller Kleineren (ausgenommen sind jedoch die Amortisationsfonds) von 4456 Millionen Zloty verfügen. Davon entfallen auf das Auslandskapital 2028 Millionen Zloty — rund 46 %, das somit in der Minderheit sei.

Tatsächlich vereinigen jedoch die 508 Gesellschaften, die vollkommen oder auch nur teilweise unter ausländischer Führung arbeiten, in ihrer Hand 3125 Millionen Zloty, was einem Anteil von 70 % des Gesamtkapitals gleichkomme.

„Charakteristisch ist hierbei, daß auf eine Gesellschaft, die von ausländischen Dispositionen abhängt, durchschnittlich 6,1 Millionen Zloty entfallen, während die rein inländischen Gesellschaften sich mit 1,6 Millionen Zloty zufrieden geben müssen. Es leuchtet dies ein, wenn man in Betracht zieht, daß das Auslandskapital herrschend ist im Bergbau und Hüttenwesen, in der Maschinen-, Elektro-, chemischen und Textilindustrie, den Elektrizitätswerken, den Banken und im Privatverkehrswesen.“

[„Gazeta Warszawska“ vom 4. 7. 1934; „Kurjer Poznański“ vom 12. 8. 1934.]